

# Landtagsbeilage zur Sächsischen Staatszeitung

Nr. 18.

zu Nr. 266 des Hauptblattes.

1930.

Beauftragt mit der Herausgabe Regierungsrat Brause in Dresden.

## Landtagsverhandlungen.

12. Sitzung.

Donnerstag, den 13. November 1930.

Präsident Wedel eröffnet die Sitzung 13 Uhr 30 Minuten.

Am Regierungstisch Regierungsvorsteher.

Präsident Wedel begrüßt zunächst im Namen des Landtages den Abg. Schöffler (Komm.), der an Stelle der Frau Reichstagsabgeordneten Körner (Komm.) in den Landtag wieder einzieht.

Weiter beglückwünscht er das älteste Mitglied des Landtages, den Abgeordneten Ernst Schulze (Soz.), der während der Kammervertretung seinen 75. Geburtstag gefeiert hat.

Dann wird beschlossen, als Punkt 3 der Tagesordnung die Drucksache Nr. 147, die Stilllegung des Guffahlfwerkes Döhlen betr., zu behandeln.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten. Punkt 1: Wahl des Landtagsvorstandes (§§ 4 bis 6 der Geschäftsordnung).

Es sind der Reihe nach zu wählen der Präsident, der erste Vizepräsident und der zweite Vizepräsident in getrennten Wahlgängen und dann die sechs Schriftführer in einem gemeinsamen Wahlgang.

Abg. Böchel (Soz.) schlägt für den Präsidentenposten den bisherigen Präsidenten, Abg. Wedel, vor. Es war bisher immer Übung in diesem Landtage, daß die stärkste Fraktion den Landtagspräsidenten stellte.

Abg. Dr. Frisch (Natsoz.): Wir Nationalsozialisten sehen auf dem Standpunkte, den wir auch bei der Wahl des Ritterspräsidenten, die einige Male ergebnislos verlaufen ist, vertreten haben, daß dem Ergebnis der Wahlen jetzt auch in diesem Hause Rechnung getragen werden muß bei der Bildung des Präsidiums. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß das sächsische Volk antimarxistisch entschieden hat (Lachen links), und daß infolgedessen auch der stärksten antimarxistischen Fraktion das Präsidium gebührt. Ich schlage deshalb als 1. Präsidenten den Abg. Kunz vor. (Lebhafte Heiterkeit links. — Jurauf b. d. Soz.: Ausgerechnet den Dämmstien!)

Abg. Dr. Blüher (D. Sp.): Meine politischen Freunde sind der Ansicht, daß der gegenwärtige Winter außerordentliche Schwierigkeiten für alle Teile bringt und daß die Führung des Präsidiums im Landtag außergewöhnliche Schwierigkeiten machen wird. Daß der von der Nationalsozialistischen Partei vorgeschlagene Herr Kollege Kunz dazu allenthalben die erforderlichen Garantien haben wird, bezweifle ich meine politischen Freunde (Jurauf b. d. Soz.: Das ganze Haus bezweifelt das!), und ebenso, wie wir aus den Verhandlungen des interfraktionellen Ausschusses wissen, die Mitglieder der übrigen an diesen Verhandlungen beteiligten bürgerlichen Parteien. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wir können daher dem Vorschlag Kunz nicht zustimmen und schlagen unsererseits den Herrn Abg. D. Sidmann vor.

Abg. Renner (Komm.): Die Kommunistische Landtagsfraktion hat schon mehrfach bei der Wahl des Landtagspräsidenten darauf hingewiesen, daß für sie die Wahl eines Landtagspräsidenten eine politische Aktion ist. (Sehr richtig! b. d. Komm.) Bei der vorigen Wahl haben die bürgerlichen Parteien dem sozialdemokratischen Präsidenten Wedel ihre Stimmen gegeben, weil sie die Voraussetzungen für einen offenen Vorstoß des Faschismus noch nicht für gekommen erachteten. Die allgemeine Zuspitzung der gegenwärtigen politischen Lage, die Verbreiterung und Vertiefung der Wirtschaftskrise, die ihre Wirkungen in Sachen besonders stark zeigt, veranlassen heute die Bourgeoisie, ihren Terror gegen das Proletariat noch zu verstärken, brutaler als bisher Rationalisierungsmaßnahmen durchzuführen, die Monopolisierung weiter zu betreiben, die Ausplünderung der werktätigen Massen zu verstärken und eine weitere Niederrückbildung der Arbeiterschaft durchzuführen.

Nach den Presseberichten waren die bürgerlichen Parteien bereit, sich auf die Wahl eines Nationalsozialisten als Landtagspräsidenten zu einigen. Nach unserer Auffassung bedeutete eine solche Wahl und Stellungnahme keineswegs, daß die Bourgeoisie die sozialdemokratischen Führer als Feinde und Gegner des Kapitalismus betrachtet, sondern sie weist diesen sozialdemokratischen Führern jetzt die Rolle der Opposition zu mit dem Zweck, daß diese Führer durch oppositionelles Auftreten die Habitualisierung der Arbeiter aufhalten (Jurauf b. d. Soz.: So ein Unsinn!) und sie von dem Ziel des Proletariats, Einleitung und Durchführung des Kampfes zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaft, abhalten sollen. Die Wahl eines Nationalsozialisten zum Landtagspräsidenten verfolgte den Zweck, insbesondere die Massen der Kleinbürgerlichen Anhänger der Nationalsozialisten mit neuen Illusionen zu erfüllen und die schrankenlosen Wählerschichten an die faschistischen Parteien zu binden. So würde die Wahl

eines Nationalsozialisten zum Präsidenten oder Vizepräsidenten wie auch der Vorschlag, den Abg. D. Sidmann zum Landtagspräsidenten zu wählen, die Aufzeichnung der allgemeinen Zuspitzung der Klassengegensätze bedeuten. (Sehr wahr! b. den Komm.)

Wenn jetzt auf Grund tatsächlicher Bedenken eines Teiles der Volksparteier die Volkspartei noch nicht einen Nationalsozialisten zum Landtagspräsidenten wählt, sondern einen Zwischenvorschlag macht, so kennzeichnet das nur, daß die führende Partei der Bourgeoisie in Sachen ein Übergangsstadium zur weiteren Verschärfung des Kampfes sucht. (Sehr richtig! b. d. Komm.) Wenn dann nach den Zeitungsberichten die Nationalsozialisten sich bereit erklären, auch mit einem sozialdemokratischen Präsidenten gemeinsam in ein Landtagspräsidium zu gehen und damit ihre bei der vorigen Wahl bezogene Stellung aufgeben, so kennzeichnet das auch jetzt nichts anderes als die offene Schwendung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei auf den Boden der kapitalistischen Republik, zeigt deutlicher als bisher die Rolle der Faschisten als Hilfsarmee der Unternehmer und das schnelle Ineinanderfließen der Handlungen der SPD-Führer und der Faschisten im Aufrage des Finanzkapitals und als Vertreter der kapitalistischen Hungerordnung.

Die kommunistische Landtagsfraktion erklärt deshalb den arbeitenden Massen: Ganz gleich, wie die Zusammenlegung des Präsidiums erfolgt, diese Wahl kündigt den verschärften Terrorkurs gegen die arbeitenden Massen an. Die kommunistische Fraktion wird deshalb ihren Kampf gegen die faschistische Gefahr entscheidend und bedeutend verschärfen. Dieser Kampf wird von den SPD-Führern nicht nur nicht gefördert, sondern geradezu sabotiert. Die SPD-Reichstagsfraktion rettete die Hungerregierung Brüning, die SPD-Gewerkschaften würgten den Metallarbeiterstreik ab. Der Sozialdemokrat Singheiner stimmte mit für den 8prozentigen Lohnabbau. In Sachen verhindern die SPD-Führung die Aufnahme des Kampfes gegen die Metallindustriellen und hilft damit auch hier den Lohnabbau vorbereiten. Die SPD-Führer verhindern mit einer Flut von Lügen und Verleumdungen gegen die revolutionäre Partei, die KPD, die Einheitsfront des Proletariats. (Lachen b. d. Soz.)

Die entscheidende Frage ist nicht, welche Person auf diesen oder jenen Posten kommt, sondern entscheidend ist die Organisierung, die Einleitung und der Beginn des Kampfes gegen das bestehende kapitalistische System. (Sehr richtig! b. d. Komm.) Die Arbeiterschaft darf sich jetzt keineswegs durch demagogische Redensarten und parlamentarische Manöver täuschen lassen. Sie muß alle Maßnahmen zur wirklichen Niederrückbildung des Faschismus ergreifen. (Der Präsident ruft den Redner zur Sache.)

Die kommunistische Partei fordert deshalb die Arbeiterschaft auf, den Zusammenschluß gegen ihre Feinde zu vollziehen, sich in den Kartellen des Kampfbundes gegen den Faschismus, den Kampfkomitees in den Betrieben für diesen Kampf zu schaffen und unter dem Banner der kommunistischen Partei den Kampf zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaft für ein Sowjetdeutschland aufzunehmen. Nur ein Sowjetdeutschland gibt die Garantie für die Niederrückbildung und die Beseitigung der faschistischen Gefahr für den freien und ungehemmten Aufstieg der Massen der arbeitenden Bevölkerung. (Bravo! b. d. Komm.)

Wir schlagen den Abg. Herrmann (Leipzig) zum Präsidenten vor.

Abg. Claus (Dem.): Es ist bisher in diesem Hause Grundlag gewesen, daß immer der Vertreter der stärksten Partei zum Landtagspräsidenten gewählt worden ist. Demzufolge haben ja auch die Sozialdemokraten seit Kriegsende ununterbrochen diesen Posten besetzt gehabt. Wir sind mit dieser Praxis immer sehr gut gefahren. Die Sozialdemokratie erhebt also mit vollem Recht Anspruch auf diesen Sitz, denn sie ist auch heute noch bei weitem die stärkste Fraktion in diesem Hause und mehr als doppelt so stark wie die nächststärkste Fraktion der Nationalsozialisten.

Die Sozialdemokratie schlägt Herrn Wedel wieder vor, gegen den in der letzten Landtagsession nicht das geringste einzuwenden gewesen ist. Herr Wedel hat die Geschäfte, behaupte ich, unparteiisch geführt und ist gewissenhaft bemüht gewesen, jedermann gerecht zu werden und die Geschäfte hier im Hause vorwärts zu bringen und die Ordnung unter allen Umständen aufrechtzuerhalten.

Wenn man heute nach politischen Gesichtspunkten wählt, so wirft man das einfach alles über den Haufen. Die Kandidaten, die von der rechten Seite genannt worden sind, sind dann ganz entschieden politisch einseitig, und damit fällt schon die Voraussetzung für ruhige und sachliche Verhandlungen in diesem Hause. (Jurauf b. d. Natsoz.: Ein Linker ist unparteiisch, ein Rechter soll parteiisch eingestellt sein!) Nein, Sie sind gar nicht eingestellt! (Jurauf b. d. Natsoz.: Aber du wirst ausgestellt! — Heiterkeit b. d. Natsoz.)

Wir werden deshalb an dem alten Brauch festhalten und dem Vertreter der Sozialdemokratie unsere Stimme geben.

Hierauf wird in die Wahl eingetreten. Das Ergebnis ist folgendes: Es sind 95 Stimmzettel abgegeben worden. Davon sind entfallen auf Wedel 35 Stimmen, auf Kunz 34, auf D. Sidmann 14, auf Herrmann-Leipzig 12 Stimmen.

Nach diesem Ergebnis macht sich eine Stichwahl zwischen den Herren Kunz und Wedel notwendig. Das Ergebnis der Stichwahl ist folgendes: Es sind wiederum 95 Stimmen abgegeben worden. Davon entfallen auf den Abg. Wedel 35 Stimmen, auf Kunz 34, auf Herrmann 12 Stimmen und 14 Zettel sind weiß.

Tamit ist der Abg. Wedel zum Präsidenten gewählt. (Lebhafte Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Böchel (Soz. — zur Geschäftsordnung): Die Stellung meiner Fraktion zu den ferneren Wahlen hängt davon ab, wie sich die einzelnen Fraktionen zu unseren Vorschlägen eingestellt haben. Wir werden also die Parteien, die die parlamentarischen Grundzüge verlassen haben, bei den ferneren Wahlen nicht unterstützen. Wir bitten deshalb um eine halbkräftige Vertagung, damit wir zu den weiteren Vorschlägen Stellung nehmen können.

Unter Widerspruch b. d. Natsoz. wird in eine Pause eingetreten.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird in die Wahl des ersten Vizepräsidenten eingetreten.

Abg. Dr. Frisch (Natsoz.) schlägt den Abg. Kunz vor. (Jurauf b. d. Soz.: Bravo! Ihr wollt doch nicht mit uns Natsozisten zulammengehen!)

Abg. Dr. Blüher (D. Sp.) schlägt den Abg. D. Sidmann vor.

Abg. Renner (Komm.) schlägt den Abg. Herrmann-Leipzig vor.

Das Ergebnis der Wahl ist: Es sind 95 Stimmzettel abgegeben worden. Davon entfallen 46 auf Sidmann, 37 auf Kunz und 12 Stimmen auf Herrmann.

In der sich wieder notwendig machenden Stichwahl wird Abg. D. Sidmann mit 48 Stimmen zum ersten Vizepräsidenten gewählt. Für den Abg. Kunz werden 35, für den Abg. Herrmann 12 Stimmen abgegeben.

Präsident: Der bisherige erste Vizepräsident, Herr Dr. Eckardt, scheidet damit aus dem Präsidium aus. Ich darf ihm wohl im Namen des Landtags für seine seit 1922 geleistete Arbeit im Präsidium den Dank aussprechen.

Hierauf wird zur Wahl des zweiten Vizepräsidenten geschritten.

Abg. Dr. Frisch (Natsoz.) schlägt den Abg. Kunz vor. (Heiterkeit b. d. Komm. und Soz.)

Abg. Claus (Dem.) schlägt den Abg. Bretschneider vor. Von den Kommunisten wird wieder der Abg. Herrmann vorgeschlagen.

Abg. Kaiser (Wirtschp.) schlägt den Abg. Hentschel vor. Von 94 abgegebenen Stimmen erhalten Bretschneider 38, Kunz 33, Hentschel 10 und Herrmann 12. Dazu 1 weißer Zettel.

In der Stichwahl zwischen den Abgg. Bretschneider und Kunz wird Abg. Kunz mit 43 Stimmen zum 2. Vizepräsidenten gewählt. Abg. Bretschneider erhält 39, Herrmann 12 Stimmen. Tamit ist das Präsidium gewählt.

Zur Wahl der sechs Schriftführer, die gemeinsam in einem Wahlgang gewählt werden, erklärt

Abg. Böchel (Soz.): Die kommunistische Partei hat durch ihr heutiges Verhalten gezeigt, daß sie Arm in Arm mit den Nationalsozialisten (Gefächter und Lärm b. d. Komm.) versucht hat, den sozialdemokratischen Präsidenten zu beseitigen (Sehr wahr! b. d. Soz.), selbst auf die Gefahr hin, daß an die Stelle des Präsidenten Wedel ein Faschist gewählt worden wäre. Die Tatsache, daß an die Stelle des zweiten Vizepräsidenten ein Nationalsozialist gesetzt worden ist, ist restlos auf das Konto der kommunistischen Partei zu schreiben. (Sehr wahr! b. d. Soz. — Widerspruch und Lärm b. d. Komm.) Es ist deshalb ausgeschlossen, daß wir für einen Vertreter der kommunistischen Partei bei der Schriftführerwahl stimmen können. Wir schlagen die bisherigen Schriftführer Abg. Rucker und Kaufsch, dazu ferner den Abg. Hartisch vor.

Abg. Renner (Komm. — zur Geschäftsordnung): Man muß den Rat bewundern, mit dem der Herr Abg. Böchel hierher tritt. (Lebhafte Juraufe b. d. Soz. — Lebhaftes Gegenrufe b. d. Komm.) Seine Ausführungen werden aber auf die Massen draußen wenig Wirkung haben, denn die Taten der Sozialdemokraten vorher sind so deutlich gewesen, daß wir es vor der gesamten deutschen Arbeiterschaft verantworten können, daß wir die Leute, die auf den Schultern und auf dem Wohlwollen der Volkspartei in das Präsidium gehoben wurden, nicht zu wählen brauchen. (Sehr richtig! b. d. Komm. — Lachen b. d. Soz.) Die Sozialdemokraten haben für den Vizepräsidenten der Deutschen Volkspartei und damit für den Vertreter der